

Antrag

A3NEUAC Aus christlicher Überzeugung für Demokratie und gegen rechten Extremismus und Populismus

Antragsteller*in: KjG
Status: Modifiziert

Antragstext

1 Situationsbeschreibung

2 Extrem rechte und populistische Positionen und Handlungen kennzeichnet ihr Hass
3 auf bestimmte Personengruppen und deren bewusste Ungleichbehandlung. Zu den
4 betroffenen Gruppen gehören beispielsweise (aber nicht ausschließlich) Menschen
5 mit internationaler Familiengeschichte, Frauen, queere Menschen, jüdische
6 Menschen und Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen. Rechte
7 Akteur*innen aus besonders christlich geprägten Kulturräumen sind zudem häufig
8 feindlich gegenüber Muslim*innen eingestellt.

9 Bedrohlich ist zudem, dass die extreme Rechte gezielt versucht, demokratische
10 Strukturen und Institutionen zu zerstören. Eine Strategie der neuen Rechten ist
11 Positionen in Legislative, Exekutive und Judikative gezielt zu besetzen und
12 dadurch extrem rechte und populistische Ideologien zu verbreiten. Dies schwächt
13 fortlaufend unsere demokratischen Institutionen von innen. Dies beinhaltet unter
14 anderem vermeintlich harmlose Demonstrationen, ebenso wie die Lähmung
15 parlamentarischer Arbeit oder die Ablehnung des Rechtsstaates. **Sie** zeigt sich am
16 deutlichsten in der Planung gewaltvoller Umstürze mit Anschlägen auf gewählte
17 Vertretungen und marginalisierte Gruppen.

18 Besorgniserregend ist, dass diese Strategien Wirkung entfalten und sich im
19 Erstarren faschistischer Kräfte in Europa und weltweit zeigen.
20 Menschenfeindliche Positionen werden gesellschaftsfähiger..

21 Positionierung

22 Als **katholische** Jugendverbände stellen wir uns konsequent gegen extrem rechte
23 und populistische Positionen und Handlungen und setzen uns für eine vielfältige
24 und demokratische Gesellschaft ein. Die Unterstützung von demokratischen
25 Verfahren wie die Beteiligung an Wahlen ist für uns selbstverständlich.

26 Wir lehnen jede Art von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ab und fördern in
27 unserer Arbeit explizit marginalisierte Gruppen. Wir positionieren uns klar
28 gegen Demokratiefeindlichkeit und **Autoritarismus**. **Wir** bekennen uns zur Wahrung
29 der Menschenrechte weltweit. **Um das zu gewährleisten, braucht es**
30 **partizipatorische Prozesse und demokratische Kontrollmechanismen**.

31 Wir verstehen uns als antifaschistisch: Wir stehen für eine demokratische,
32 gleichberechtigte und solidarische Gesellschaft und Kirche ein und wenden uns
33 gegen jede Art der Ausgrenzung und Unterdrückung von Menschen. Diese

34 Grundhaltung geht einher mit unserem christlichen Glauben, aus dem heraus wir
35 alle Menschen als Gottes Ebenbilder betrachten, sowie mit unserer demokratischen
36 Grundüberzeugung, die die gleichberechtigte Teilhabe aller sowie die
37 unveräußerliche Würde des Menschen beinhaltet.

38 Zu dieser antifaschistischen Grundhaltung hat sich die Hauptversammlung 2022
39 innerhalb des Grundsatzprogramms des BDKJ bekannt.

40 **Konsequenzen für die Arbeit des BDKJ**

41 • **Position beziehen**

42 Wir beobachten rechte Vorfälle deutschland- und weltweit. Wir beziehen
43 öffentlich klar Position gegen derartige Vorfälle, solidarisieren uns mit
44 den Betroffenen und setzen uns nachdrücklich für Aufklärung und
45 Aufarbeitung ein. Wir nutzen unsere Kontakte, um auf die eindeutige
46 Abgrenzung von rechten Akteur*innen, **insbesondere auch in den kirchlichen**
47 **Strukturen**, hinzuwirken. Hierzu haben wir bereits Beschlüsse gefasst, die
48 wir an dieser Stelle noch einmal bekräftigen.[\[1\]](#)

49 • **Bildungsarbeit**

50 **Wir verstehen Jugendverbandsarbeit als zentrales, wertebasiertes**
51 **Bildungsangebot für junge Menschen. Politische Bildung ist für uns ein**
52 **zentraler Bestandteil einer funktionierenden Demokratie. Unsere**
53 **Bildungsangebote haben einen rassistuskritischen und feministischen**
54 **Anspruch. Junge Menschen lernen gesellschaftliche und kirchliche Normen zu**
55 **hinterfragen, selbstständig zu denken und werden gestaltender, mündiger**
56 **Teil einer demokratischen Gesellschaft.**

57 • **Vernetzung**

58 Um das Thema Antifaschismus in allen Jugend- und **Diözesanverbänden** weiter
59 auszugestalten, schafft die BDKJ Bundesebene ein Vernetzungsangebot, bei
60 dem good practice Beispiele vorgestellt und durch die Expertise der
61 anderen erweitert werden kann. Zudem vernetzt sich der BDKJ Vorstand mit
62 anderen antifaschistischen Organisationen und Gruppierungen, um eine
63 größere Schlagkraft zu entwickeln. Innerhalb dieser unterstützen wir
64 Projekte, die unsere demokratische Gesellschaft unterstützen, z.B. die
65 U18/ U16-Wahlen des DBJR.

66 • **Wir wählen! NICHT die AfD**

67 Mit der AfD ist eine rechtsextreme Partei einflussreich in der Politik
68 vertreten. Für uns ist die Wahl oder Unterstützung dieser Partei nicht
69 vereinbar mit unserer antifaschistischen Grundüberzeugung als katholische
70 Jugendverbänder*innen. Die Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Partei
71 wie der AfD sowie in ihr nahestehenden oder anderen rechtsextremen
72 Organisationen ist mit der Mitgliedschaft in unseren Verbänden
73 unvereinbar.

74 **Forderungen an die Politik**

75 Um unsere pluralistische und freiheitlich-demokratische Gesellschaft zu schützen
76 und gegen Angriffe von rechts zu verteidigen, fordern wir von der Politik:

- 77
- 78 • **keine Finanzierung extrem rechter Parteien und Stiftungen**
79 Parteien und Stiftungen, die diskriminierende und demokratiefeindliche
80 Grundüberzeugungen vertreten, dürfen nicht mit staatlichen Mitteln
81 unterstützt werden. Das im Grundgesetz verankerte Prinzip der wehrhaften
82 Demokratie muss umfassend genutzt werden, um unsere Demokratie gegen ihre
83 Feind*innen zu schützen. Wir fordern die demokratischen Parteien auf, sich
84 dafür einzusetzen, die staatlichen Zuwendungen an extrem rechte Parteien
85 und **deren nachgeordneten Organisationen sowie** Stiftungen zu begrenzen und
86 einzustellen. Deshalb begrüßen wir das **Stiftungsfinanzierungsgesetz, das**
87 die Förderung von politischen Stiftungen an die Verfassungstreue knüpft.
 - 88 • **umfassende Aufarbeitung von strukturellem Rassismus und Polizeigewalt**
89 In mehreren wissenschaftlichen Arbeiten konnte nachgewiesen werden, dass
90 in staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen struktureller
91 Rassismus existiert. Dieser führt zu alltäglicher Diskriminierung, zum
92 Beispiel von migrantisch gelesenen Menschen. Aus diesem Grund kommt es
93 immer wieder auch zu gewaltsamen Übergriffen durch Polizist*innen. Wir
94 solidarisieren uns mit den Betroffenen von strukturellem Rassismus und
95 Polizeigewalt. Wir fordern eine umfassende Aufarbeitung dieser Strukturen
96 und Vorfälle.
 - 97 • **konsequente Verfolgung rechter Übergriffe und Gewalttaten**
98 Mit großer Sorge nehmen wir die steigenden Zahlen extrem rechter
99 Übergriffe und Gewalttaten wahr. Ihnen liegen unterschiedliche
100 Motivationen zugrunde (Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit,
101 Antifeminismus etc.). Die Vorfälle haben jedoch eine Gemeinsamkeit: Sie
102 treffen Minderheiten, die wir als Gesellschaft besser schützen müssen. Wir
103 fordern daher, diese Übergriffe und Gewalttaten, auch im Internet,
104 konsequent zu verfolgen und ihnen präventiv entgegenzuwirken. Dazu gehört
105 auch, sie nicht als Einzelfälle abzutun. **Dabei darf insbesondere Gewalt in**
106 **und durch digitale Räume und deren Folgen nicht verharmlost werden.**²
 - 107 • **Verstetigung der Finanzierung von Demokratieförderung und politischer**
108 **Bildung**
109 Es gibt viele gute zivilgesellschaftliche Projekte **und Initiativen** zur
110 Demokratieförderung. Häufig stehen diese jedoch auf einer prekären
111 finanziellen Grundlage und bekommen lediglich zeitlich befristete
112 Projektfinanzierungen. Wir fordern, die Finanzierung dieser Projekte auf
113 eine solide und langfristige Basis zu stellen. Dafür muss das von der
114 Bundesregierung geplante Demokratiefördergesetz zügig beschlossen und
115 umgesetzt werden. Auf eine „Extremismusklausel“, die die Projekte unter
116 Generalverdacht stellt, muss dabei verzichtet werden. **Darüber hinaus**
117 **fordern wir, dass Präventionsmaßnahmen die gegen extremistische Ideologien**
118 **aufklären flächendeckend gefördert werden und politische Bildung in allen**
119 **Schulformen fester Bestandteil der Lehrpläne sein muss.**
 - 120 • **Zurückdrängen extrem rechter und rechtspopulistischer Positionen**
121 Extrem rechte und rechtspopulistische Positionen verbreiten sich zunehmend
in der politischen Debatte. Beispiele dafür sind die Auseinandersetzung um

122 die europäische Abschottungspolitik gegen Migrant*innen oder Angriffe auf
123 queere Lebenswelten. Wir fordern alle politischen Parteien auf, sich aktiv
124 dafür einzusetzen, rechtsextreme und rechtspopulistische Positionen aus
125 ihren eigenen Strukturen und aus der Politik insgesamt zurückzudrängen.
126 ***Dazu gehört für uns, gemeinsam Haltung zu zeigen und auf***
127 ***rechtspopulistische (Wahlkampf-)Strategien zu verzichten.***
128 ***Rechtspopulistische Aussagen, die zu Desinformation führen, dürfen nicht***
129 ***unwidersprochen stehen bleiben. Ein respektvoller und faktenbasierter***
130 ***Umgang mit demokratischen Mitbewerber*innen muss gewahrt bleiben.***

- 131 • **Ende der Kriminalisierung von gewaltfrei agierenden Antifaschist*innen**
132 Wir nehmen wahr, dass die Repressionen gegenüber gewaltfreiem,
133 antifaschistischem Aktivismus durch staatliche Institutionen deutlich
134 zunehmen. Dies trägt maßgeblich dazu bei, dass Menschen durch
135 Einschüchterung daran gehindert werden, ihre antifaschistische
136 Grundhaltung klar zu benennen und aktiv zu werden. Wir fordern ein Ende
137 von Repressionen gegenüber gewaltfrei agierenden Aktivist*innen und
138 gegenüber deren Vernetzung. Es muss gefahrlose Möglichkeiten geben,
139 weiterhin unsere Demokratie durch zivilgesellschaftliches Engagement zu
140 schützen.

141 **Forderungen an die katholische Kirche**

142 Als katholischer Jugendverband fordern wir von der katholischen Kirche:

- 143 • **Reform und Aufarbeitung**
144 Die Strukturen der katholischen Kirche weisen zahlreiche diskriminierende
145 Bestandteile auf, insbesondere im Hinblick auf Frauen- und
146 Queerfeindlichkeit, aber auch im Hinblick auf strukturellen Rassismus,
147 Antisemitismus und Antijudaismus. Wir fordern die Verantwortlichen in der
148 Kirche auf, gegen diese Strukturen vorzugehen und sie zu reformieren.
149 Darüber hinaus muss bereits geschehenes Unrecht, auch aus dem Kontext der
150 kolonialistischen Missionsarbeit, aufgearbeitet werden.
- 151 • **Stellung beziehen als moralische Instanz**
152 Die katholische Kirche hat als moralische Instanz einen großen Einfluss
153 auf ihre Mitglieder und in die Gesellschaft und Politik hinein. Wir
154 fordern die Verantwortlichen in der Kirche auf, aus der christlichen
155 Überzeugung heraus immer wieder klar Stellung gegen die extreme Rechte zu
156 beziehen.
- 157 • **Distanzierung von Demonstrationen und Veranstaltungen, bei denen extrem**
158 **rechte Aktivist*innen involviert sind**
159 Immer wieder nutzen extrem rechte Aktivist*innen Demonstrationen und
160 Veranstaltungen, um in weiteren gesellschaftlichen Kreisen anschlussfähig
161 zu werden. Dies geschieht auch bei religiös motivierten Veranstaltungen,
162 wie z.B. dem sogenannten „Marsch fürs Leben“. Wir fordern von den
163 Verantwortlichen in der Kirche, sich klar von Demonstrationen und
164 Veranstaltungen zu distanzieren, bei denen extrem rechte Aktivist*innen
165 beteiligt sind oder ohne Widerstand der Organisator*innen teilnehmen
166

167 können. Hier gilt es deutlich zu machen, dass der christliche Glaube nicht
168 für die Verbreitung rechter Ideologie missbraucht werden darf.

168 • **Verbindungen zwischen fundamentalistischen Christ*innen und der extremen**
169 **Rechten benennen und bekämpfen**

170 In ihrem Kampf gegen unsere demokratische und pluralistische Gesellschaft
171 und gegen liberale Christ*innen bilden fundamentalistische Christ*innen
172 und Akteur*innen der extremen Rechten häufig enge Allianzen. Einige
173 Akteur*innen sind Teil beider Milieus. Wir fordern von den
174 Verantwortlichen in der Kirche, diese Problematik, neben Problemen mit
175 fundamentalistischen Christ*innen an sich, klar zu benennen, sich von den
176 beteiligten Akteur*innen zu distanzieren und sie nach Möglichkeit aus den
177 kirchlichen Strukturen auszuschließen.

178 Wir setzen uns nachdrücklich **ein** für eine Gesellschaft und für eine Kirche **ein**,
179 **die** frei von Diskriminierung sind. Wir kämpfen gegen rechte Ideologien und
180 Handlungen. Wir sind antifaschistisch.

181 [\[1\]"Wir widersprechen, weil wir glauben!"](#) - Beschluss der BDKJ-

182 Hauptversammlungen 2016 und 2020

183 [\[2\] „Digitale Teilhabegerechtigkeit für junge Menschen“](#) - **Beschluss des BDKJ-**
184 **Hauptausschusses 2024**

Begründung

Extreme und populistische rechte Positionen und Haltungen haben in den letzten Jahren gesellschaftlich an Einfluss gewonnen. Die Aggressivität und Selbstverständlichkeit, mit der sie geäußert und verbreitet werden, hat stark zugenommen. Immer wieder folgen aus den Einstellungen auch Gewalttaten.

Die Hauptversammlung 2022 hat entschieden, Antifaschismus in ihr Grundsatzprogramm aufzunehmen. Die grundlegende Haltung und daraus folgende Konsequenzen, innerverbandlich und in der Lobbyarbeit, sollen mit diesem Antrag festgeschrieben werden.